

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Entwicklung der Fachhochschule Kehl – Hochschule für öffentliche Verwaltung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Zahlen der Bewerber, der Zulassungen zum Studium sowie der Absolventen an der FH Kehl – Hochschule für öffentliche Verwaltung – in den zurückliegenden Jahren entwickelt haben;
2. zu welchen Anteilen für das Hauptstudium (4. Ausbildungsjahr) der Studienbereich „Verwaltung“ (V-Zweig) und der Studienbereich „Wirtschaft“ (W-Zweig) gewählt wurden bzw. werden;
3. wie sich die Berufsaussichten für die Absolventen der FH Kehl – differenziert nach V-Zweig und W-Zweig – entwickelt haben und wie diese weiterhin einzuschätzen sind;
4. in welchem Stadium sich die Planung für die beabsichtigte Umstellung des seitherigen Diplomstudiengangs auf einen Bachelor-Studiengang befindet und zu welchem Zeitpunkt diese Umstellung erfolgen soll bzw. kann;
5. wie sich die Landesregierung zu der Frage stellt, hierzu künftig auch die Möglichkeit eines weiterführenden Master-Abschlusses anzubieten und welche Voraussetzungen hierfür – insbesondere auch hinsichtlich der Er richtungsverordnung der FH Kehl – erfüllt sein müssen;

6. wie sich die Landesregierung zu den Fragen einer „Externalisierung“ der seitherigen internen Verwaltungsfachhochschulen Kehl und Ludwigsburg stellt;
7. welche Konsequenzen mit der „Externalisierung“ der Hochschulen für öffentliche Verwaltung Kehl und Ludwigsburg hinsichtlich ihres eigenständigen Fortbestehens verbunden wären, insbesondere unter welchen Voraussetzungen eine „Externalisierung“ die Möglichkeit verbessern kann, die Selbstständigkeit der Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg zu sichern.

11. 10. 2006

Dr. Noll
und Fraktion

Begründung

Für die weitere Entwicklung der Fachhochschule Kehl – Hochschule für öffentliche Verwaltung stehen Entscheidungen an, die nicht unabhängig sind von grundsätzlichen Weichenstellungen zum Beispiel hinsichtlich der seit längerem diskutierten Frage einer „Externalisierung“. Entsprechendes gilt für die weitere interne Fachhochschule Ludwigsburg.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 31. Oktober 2006 Nr. 1–775/99 nimmt das Innenministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

- 1. wie sich die Zahlen der Bewerber, der Zulassungen zum Studium sowie der Absolventen der FH Kehl – Hochschule für öffentliche Verwaltung – in den zurückliegenden Jahren entwickelt haben;*

Zu 1.:

Die Zahlen wurden für die Jahrgänge 2002 bis 2006, die Bewerberzahlen auch für den Jahrgang 2007 (Bewerbungsschluss: 15. Oktober 2006) erhoben.

Ausbildungsbeginn 1. September	Bewerbungen	Zulassungen
2002	1.910	614 davon Kehl: 370
2003	2.359	499 davon Kehl: 289
2004	2.811	500 davon Kehl: 309
2005	2.894	474 davon Kehl: 303
2006	2.908	418 davon Kehl: 250
2007	2.416	

Jahr	Absolventen Kehl
2002	232
2003	233
2004	263
2005	323
2006	283

2. zu welchen Anteilen für das Hauptstudium (4. Ausbildungsjahr) der Studienbereich „Verwaltung“ (V-Zweig) und der Studienbereich „Wirtschaft“ (W-Zweig) gewählt wurden bzw. werden.

Zu 2.:

Die Zahlen wurden für die Jahrgänge 2002 bis 2006 erhoben und beziehen sich auf die Fachhochschule Kehl.

Jahr	V-Zweig	W-Zweig	Gesamt
2002	160 (68,97 %)	72 (31,03 %)	232
2003	181 (77,68 %)	52 (22,32 %)	233
2004	167 (63,50 %)	96 (36,50 %)	263
2005	237 (73,37 %)	86 (26,63 %)	323
2006	207 (73,14 %)	76 (26,86 %)	283

3. wie sich die Berufsaussichten für die Absolventen der FH Kehl – differenziert nach V-Zweig und W-Zweig – entwickelt haben und wie diese weiterhin einzuschätzen sind;

Zu 3.:

Bei der Abfrage der Berufsaussichten durch die Fachhochschule erfolgt keine Unterscheidung nach V-Zweig und W-Zweig. Eine nachträgliche Erhebung ist nicht möglich. Zum Zeitpunkt der mündlichen Staatsprüfung hatten nach eigenen Angaben eine Stellenzusage:

Jahr	Anteil der Absolventen
2001	95,9 %
2002	91,3 %
2003	74,7 %
2004	69 %
2005	69 %
2006	75 %

Letztlich dürften nach Einschätzung der Fachhochschule Kehl insgesamt gesehen über 90 % ihrer Absolventen bis zum Abschluss des Studiums eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung gefunden haben. Konkrete Zahlen hierzu liegen nicht vor, da die Fachhochschule Kehl aufgrund schwacher Rücklaufquoten und der daraus resultierenden geringen Aussagekraft der Zahlen keine Umfrage in größerem zeitlichen Abstand von der Staatsprüfung mehr vornimmt.

4. in welchem Stadium sich die Planung für die beabsichtigte Umstellung des seitherigen Diplomstudiengangs auf einen Bachelor-Studiengang befindet und zu welchem Zeitpunkt diese Umstellung erfolgen soll bzw. kann;

Zu 4.:

Eine Arbeitsgruppe Strukturreform hat ein Modell zur Reform der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst entwickelt. Danach sollen das Fachhochschul-Modell grundsätzlich beibehalten, aber in einen Bachelor-Studiengang überführt und die Ausbildungsdauer von 4 auf 3 ½ Jahre reduziert werden. Angestrebt wird die Umstellung des Studiums zum 1. September 2007.

5. wie sich die Landesregierung zu der Frage stellt, hierzu künftig auch die Möglichkeit eines weiterführenden Master-Abschlusses anzubieten und welche Voraussetzungen hierfür – insbesondere auch hinsichtlich der Errichtungsverordnung der FH Kehl – erfüllt sein müssen;

Zu 5.:

Die Fachhochschule Kehl hat nach der Errichtungsverordnung die Aufgabe, Beamte für den gehobenen Verwaltungsdienst des Landes, der Gemeinden, der Landkreise und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts auszubilden. Die Fachhochschulen können nach der Verordnung weitere Studiengänge einrichten, die ausschließlich auf eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst in den Verwaltungen der Europäischen Union gerichtet sind.

Auf dieser Grundlage wurde der im Jahr 2004 akkreditierte Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“ (M.A.) als gemeinsamer Studiengang der Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg eingerichtet. Ziel des Studiengangs ist es, aufbauend auf einem mit überdurchschnittlichem Ergebnis abgeschlossenen Studium der Verwaltungswissenschaft, insbesondere an einer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, oder der Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften an einer Hochschule in 4 Semestern die Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die es ermöglichen, an der fortschreitenden europäischen Integration kompetent mitzuarbeiten und gehobene Stabs- und Querschnittsfunktionen in großen Verwaltungen wahrzunehmen.

Unbeschadet des Auftrags der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung für die Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes wird es auch künftig möglich sein, neuen Anforderungen durch eine Weiterentwicklung etwa in Form eines Weiterbildungsmasters Rechnung zu tragen, soweit die dafür nötigen Personal- und Sachmittel vorhanden sind oder geschaffen werden können. Dies setzt jedoch eine Änderung der Errichtungsverordnung voraus.

6. wie sich die Landesregierung zu den Fragen einer „Externalisierung“ der seitherigen internen Verwaltungsfachhochschulen Kehl und Ludwigsburg stellt;

7. welche Konsequenzen mit der „Externalisierung“ der Hochschulen für öffentliche Verwaltung Kehl und Ludwigsburg hinsichtlich ihres eigenständigen Fortbestehens verbunden wären, insbesondere unter welchen Voraussetzungen eine „Externalisierung“ die Möglichkeit verbessern kann, die Selbstständigkeit der Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg zu sichern.

Zu 6. und 7.:

Derzeit ist der Rechnungshof mit einer Prüfung der beiden Fachhochschulen befasst. Aus Gesprächen des Rechnungshofs mit den Laufbahnressorts und

den anderen betroffenen Stellen ist bekannt, dass sich der Rechnungshof dabei auch mit der Externalisierung der beiden Fachhochschulen befasst. Der Bericht des Rechnungshofs liegt jedoch noch nicht vor. Die Landesregierung beabsichtigt, den Bericht des Rechnungshofs abzuwarten, um dessen Empfehlungen in ihre Überlegungen einbeziehen zu können.

In Vertretung
Köberle
Staatssekretär